

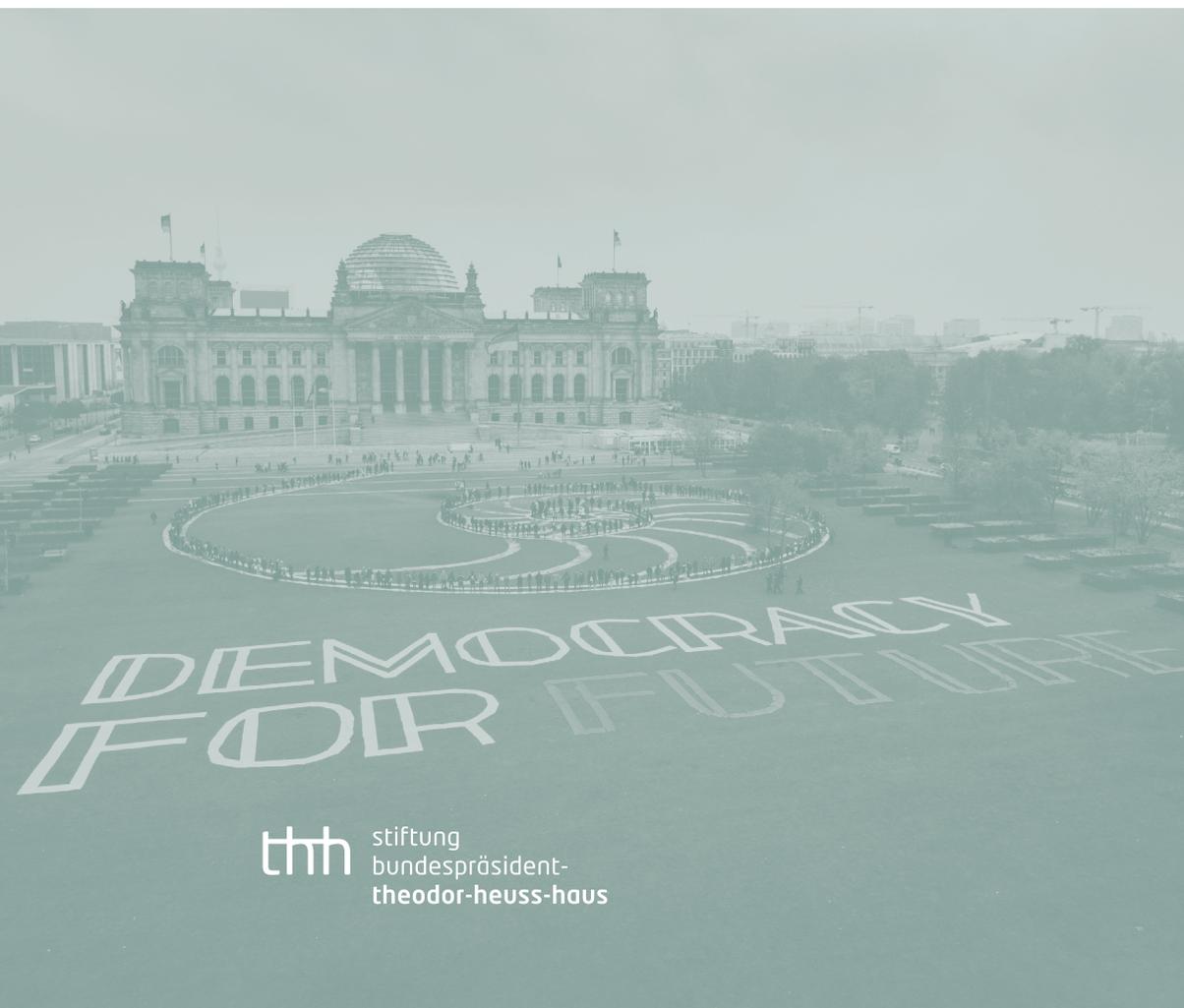
45

KLEINE REIHE

Felix Heidenreich

Wie verändert der Klimawandel die Demokratie?

Drei mögliche Antworten und vier Thesen



Zur Publikation

Die Klimakrise bedeutet nicht allein eine ökologische, sondern eine politische und gesellschaftliche Zäsur. Ihre Folgen für die Demokratie und ihre Gesellschaften sind nicht zu übersehen. Wie Demokratien auf diese Herausforderung reagieren können und ob sie bestehen können, ist nicht ausgemacht.

Felix Heidenreich gibt drei mögliche Antworten, wie der Klimawandel die Demokratie verändern kann – und bietet vier Thesen an, wie demokratische Gesellschaften die »große Transformation« selbst gestalten können: durch einen Republikanismus der Nachhaltigkeit, der die Grenze von öffentlichen und privaten Gütern neu zieht; durch ein strategisches Handeln der Regierungen, das konsequent die Zukunft mitdenkt; durch ein Denken in Wechselwirkungen, dass politisches Handeln prägt; und durch eine neue Art der Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft.

45

KLEINE REIHE

Felix Heidenreich

Wie verändert der Klimawandel die Demokratie?

Drei mögliche Antworten und vier Thesen

**Festrede zum 140. Geburtstag von Theodor Heuss.
Brackenheim, 31. Januar 2024**

Wie verändert der Klimawandel die Demokratie?

Drei mögliche Antworten und vier Thesen

**Festrede zum 140. Geburtstag von Theodor Heuss.
Brackenheim, 31. Januar 2024**

1. Der Elefant im Raum

Der Klimawandel – oder die Klimakatastrophe, wie man vielleicht präziser formulieren müsste – ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Diese bittere Wahrheit ist nicht unbekannt, scheint aber kollektiv verdrängt. Einerseits wissen es alle, wir kennen die Modelle des *Intergovernmental Panel on Climate Change* oder die Auflistung der bereits jetzt im Raum der EU zu verzeichnenden Klimaschäden.¹ Schlaglichtartig rückt das Thema kurz in den Fokus der kollektiven Aufmerksamkeit, wenn Extremwetter gigantische Schäden anrichten, während das Thema der Zerstörung unserer Biodiversität beinahe unsichtbar bleibt. Vom gestörten Mensch-Natur-Verhältnis haben wir eine eher diffuse Vorstellung. Meist flimmert die Erkenntnis lediglich wie eine Mustertapete im Hintergrund des Alltags, omnipräsent und doch beinahe unsichtbar. Das kurzfristig Drängende verstellt den Blick auf das langfristig Gebotene. Und dafür gibt es Gründe.

Spätestens seit dem Beginn des vollumfänglichen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 dominiert die geopolitische Auseinandersetzung zwischen den westlichen Demokratien und einem Quartett aus Russland, China, Iran und Nordkorea die öffentliche Aufmerksamkeit. Wer heute eine Reflexion über das Verhältnis von Klimawandel und Demokratie ankündigt, könnte daher mit dem Vorwurf konfrontiert werden, hier werde das Thema verfehlt. Der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat diese Dominanz sicherheitspolitischer Themen weiter verstärkt. Immer

weitere Stufen der Eskalation erfolgten seitdem, deuten sich an oder drohen mehr oder weniger latent. Die geopolitischen Konflikte erweisen sich dabei – von der Ukraine über Taiwan bis zum Nahen Osten – als unheilvoll verwoben. Schon der Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan hatte unerwartete Nebenwirkungen; er führte beim russischen Präsidenten Wladimir Putin offenbar zu der Einschätzung, »der Westen« sei moralisch und militärisch am Ende. Aus guten Gründen befürchtet man daher, ein Sieg Russlands über die Ukraine könnte die Regierung in Peking zur militärischen »Lösung« des Taiwankonflikts ermuntern. Die bleibende Unterstützung der Ukraine dient aus dieser Sicht dem umfassenden Ziel einer dringend gebotenen Verteidigung der regelgeleiteten internationalen Ordnung.

In derartig komplexen Konstellationen droht der Effekt der »sozialen Emergenz«: Eine Eigendynamik, deren Ergebnis zwar niemand beabsichtigt, die sich aber aus der Vielzahl miteinander interagierender, sich in ihren Absichten intransparenter und daher sich potenziell missverstehender Akteure scheinbar spontan ergibt.² Die Kausalketten verlaufen in einem solchen Netz nicht mehr linear. Die Folgen von Entscheidungen sind kaum noch zu antizipieren. Der daraus entstehende Eindruck, sich in einer Hochrisiko-Situation zu befinden, in der die Prozesse den Akteuren entgleiten können, ist ein plausibler Grund, warum sicherheitspolitische Themen öffentliche und parlamentarische Debatten dominieren.

Dass die geopolitischen Konflikte derzeit die kollektive Aufmerksamkeit völlig absorbieren, hat aber noch einen zweiten Grund. Vor dem Hintergrund einer eskalierenden Systemkonkurrenz rücken die inneren Krisensymptome etablierter Demokratien nämlich in ein anderes Licht. Sie erscheinen nun nicht mehr nur als Ergebnis interner Prozesse, sondern zugleich als Folge externer Destabilisierungsversuche. In welchem Maße war etwa der politische Aufstieg Donald Trumps bis ins Präsidentenamt der USA von Anfang an russischem Einfluss geschuldet? Wie umfangreich genau sind die Geldsummen, die aus dem Ausland zur Unterstützung rechtspopulistischer Bewegungen in der EU geflossen sind? In welchem Maße sind die vielfach beschriebene Polarisierung in den demokratischen Öffentlichkeiten und die damit einhergehende Verrohung sowie der Groll gegenüber politischen Repräsentanten auf den gezielten Einsatz von Fake-News, sogenannten »Trollen« in den sozialen Medien und Propaganda zurückzuführen? Wie stark haben Akteure, die den »Westen« destabilisieren wollen, schon 2015 zur Zunahme von Fluchtbewegungen nach Europa beigetragen?

Kurzum: Erweist sich womöglich vieles, was als interne Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Demokratiefeinden erscheint, in Wirklichkeit als Kampf gegen externe Feinde, die lediglich ihre »nützlichen Idioten« für sich arbeiten lassen? Diese Fragen sind nur durch geheimdienstliche Mittel, investigativen Journalismus und zeitgeschichtliche Forschung zu beantworten.

Dürfen wir uns überhaupt die Zeit nehmen, grundsätzlich über das Verhältnis von Demokratie und Klimawandel nachzudenken? Haben wir nicht drängendere Probleme?

Fest steht indes: Die geopolitische Konkurrenz – bis hin zum offenen Krieg – und der interne Orientierungsverlust in vielen westlichen Gesellschaften spielen sich gegenseitig in die Hände. In fast allen Ländern des Westens ist nicht nur eine *latente Krisenhaftigkeit* der Demokratie erkennbar, die man für systemimmanent und in diesem Sinne für »normal« halten könnte, sondern auch eine sich zuspitzende, *akute Existenzkrise*. Dies belegen nicht nur empirisch verfahrenende Studien, die wie etwa der *Freedom House Index*,³ sondern auch ein Blick auf einzelne Indikatoren wie politische Gewalt oder das schwindende Vertrauen in demokratische Politik.

Dürfen wir uns in dieser Lage überhaupt die Zeit nehmen, grundsätzlich über das Verhältnis von Demokratie und Klimawandel nachzudenken? Haben wir nicht drängendere Probleme? Oder ist es nicht umgekehrt dringend geboten, schon jetzt über jene Fragen nachzudenken, die aktuell überlagert werden? Es könnte sich als klug erweisen, trotz all der akuten Katastrophenmeldung über den Tag hinauszudenken.

Um in diesem Sinne einen Beitrag zur Selbstverständigung unter Demokratinnen und Demokraten zu leisten, möchte ich die Frage stellen, wie der Klimawandel die Demokratie verändern wird. Ein solcher Debattenanstoß im Rahmen einer Festrede zum Gedenken an Theodor Heuss kann nicht alle Forschungsdiskussionen im Einzelnen nachzeichnen, sondern muss zugespitzte Thesen wagen. Einleitend möchte ich zunächst kurz erläutern, warum die Wiederkehr überwunden geglaubter Probleme die kollektive

Aufmerksamkeit derartig bindet (2.). Ich will dann skizzieren, in welchem Sinne die Herausforderungen von Nachhaltigkeit und Klimawandel als epochal bezeichnet werden können (3.). Auf die titelgebende Frage möchte ich dann drei idealtypische Antworten geben und kurz erläutern, warum mir die dritte am plausibelsten erscheint: Der Klimawandel wird die Demokratie nicht abschaffen, aber sie doch grundlegend verändern (4.). Schließlich werde ich vier konkrete Thesen formulieren, um dieser Transformation der Demokratie genauere Konturen zu verleihen (5.).

2. Die Überlagerung von Herausforderungen

In der Politikwissenschaft hat die Frage nach den Ursachen für die Krise der repräsentativen Demokratie nicht etwa den *einen* Grund zum Vorschein gebracht, sondern eher so etwas wie eine toxische Mixtur aus sich verschärfenden Problemen. Mehrere Prozesse, die sich wie bei einem Syndrom gegenseitig verstärken,⁴ spielen sich gleichzeitig ab. Migration verändert einstmals kulturell stärker homogene Gesellschaften; Digitalisierung und KI revolutionieren die Arbeitswelt und unsere Öffentlichkeit; die Vermögensungleichheit nimmt nicht nur absurde Züge an – wie das Beispiel Elon Musk besonders plastisch zeigt –, sie wird zugleich durch die digitalen Medien immer deutlicher sichtbar. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze hat für diese Situation den Begriff »Polykrise« vorgeschlagen: Mehrere Probleme eskalieren gleichzeitig und verstärken sich wechselseitig.⁵

In dieser Situation entsteht bei vielen Menschen der Eindruck, dass der Staat strukturell überfordert ist. Laut einer Umfrage des Deutschen Beamtenbundes vom Sommer 2023 waren nur noch 27 Prozent der Befragten der Ansicht, der Staat agiere auf der Höhe gegenwärtiger Herausforderungen.⁶ Das ist für Demokratien ein Problem, denn sie sind auf einen Staat angewiesen, der seinen Aufgaben gewachsen ist. Andernfalls würde die Idee von der »Herrschaft des Volkes« schon begrifflich sinnlos erscheinen: Ein »Volk«, das sich selbst beherrschen soll, benötigt dazu ein Instrument, nämlich einen funktionierenden Staat, der die Ausübung von Herrschaft ermöglicht.

Der Eindruck einer strukturellen Überforderung des Staates ist demokratiepolitisch gefährlich. Eine allzu pauschale Rede vom »Staatsversagen« scheint nicht nur unangemessen; sie verführt im schlimmsten Fall auch zu feindlichen Haltungen gegenüber der Demokratie. Auch ist das medial

gezeichnete Bild schon allein durch den *negativity bias* stets verzerrt: Aus kognitionswissenschaftlich nachvollziehbaren Gründen generieren schlechte Nachrichten mehr Klicks als gute.

Und doch muss man die Zunahme von Gewaltkriminalität, die Nachrichten über die Überforderung des Justizwesens, die Krise des Bildungssystems ernst nehmen. Es gilt daher, die Dramatik der Lage offen anzusprechen, ohne Wasser auf die Mühlen jener zu leiten, die aus einer Krisendiagnose eine Lust am Untergang bedienen oder eine diffuse, undifferenzierte und letztlich populistische Kritik an »denen da oben«, dem Staat oder der Demokratie bewirtschaften.

Fatal ist diese Situation, weil die etablierten Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Lösung von drei Problemen beschäftigt sind, die man für historisch überwunden hielt. *Erstens* wirken der russische und chinesische Imperialismus, das Denken in Einflusszonen und Annexionsoptionen, im Zeitalter des Smartphones und der KI – schon allein in ihrer symbolischen Inszenierung – wie ein Gespenst aus dem 19. Jahrhundert. Wladimir Putin wähnt sich offenbar in Tolstois *Krieg und Frieden*, in einer Welt, in der es noch wahre Helden gibt, in der Zaren als »Sammler der russischen Erde« agieren und die Grenzen des Reichs nach Belieben verschieben können, um die »russische Welt«, die *russskij mir*, zu vereinen oder zu vergrößern.⁷ Das Gespenst des 19. Jahrhunderts schlägt uns hier nicht nur diskursiv entgegen, sondern auch in der ästhetischen Inszenierung des Kremls. Auch in London sehen wir Uniformen aus dem 19. Jahrhundert, aber in Moskau sind diese mehr als nostalgischer Pomp. Was in London eine Attraktion für Touristen darstellt, wird in Moskau offenbar tödlich ernst genommen: Durch riesige goldene Türen schreitet dort der Präsident, vorbei an Wachsoldaten, die in ihren Gardeuniformen aussehen wie Statisten aus einem Historiendrama.⁸

Aber nicht nur der Imperialismus des 19. Jahrhunderts ist als böser Geist zurück. Die auch im »Westen« zu beobachtende mehr oder weniger offene Bewunderung für den »starken Mann« und den »kurzen Prozess«, der in den neuen autoritären oder mehr oder weniger offen faschistischen Bewegungen wiederkehrt, schließt auf ideologischer wie ästhetischer Ebene *zweitens* an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts an. Die endlosen Militärparaden in Peking lassen sich nicht betrachten, ohne sich an den klassischen Totalitarismus, an Hitler oder Stalin, erinnert zu fühlen. Diese In-

szenierungen haben ein Äquivalent auf der ideologischen Ebene in ihren Ideen der Reinheit. Die Anhänger der Hindutva-Ideologie in Indien, die »Identitäre Bewegung« in Europa oder die Rechtsextremen in Israel propagieren vergleichbare Diskurse, die ihre fatalen politischen Konsequenzen entfalten. Auch das Gespenst des völkischen Denkens ist zurück, so scheint es.

Ein *drittes* Gespenst, das Problem der extremen Vermögensungleichheit, glaubte man ebenfalls vertrieben. Auch hier schien die Geschichte die Antwort bereits gegeben zu haben: Der eingehegte Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, konnte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als plausible Lösung erscheinen. Der »New Deal« in den USA, das »skandinavische Modell«, »les Trente Glorieuses« in Frankreich und die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« in Deutschland versöhnten auf je spezifische Weise die Dynamik des Marktmechanismus mit dem Stabilitätsanspruch einer repräsentativen Demokratie. Doch das Gebaren höchst einflussreicher Tech-Milliardäre und die Wiederkehr des Elends – 22 Prozent der britischen Haushalte waren 2023 von »food poverty« betroffen⁹ – zeigen, dass auch die Vermögensfrage wie ein Untoter zurück ist.

.....

In den westlichen Gesellschaften verstellt die Wiederkehr beantwortet und überwunden geglaubter Fragen den Blick darauf, dass eigentlich das Problem des 21. Jahrhunderts zu bearbeiten wäre: der Klimawandel.

.....

Gespenster sind – folgt man dem französischen Philosophen Jacques Derrida – Dinge, die man schlecht beerdigt hat, die im weitesten Sinne unbearbeitet, unerledigt sind.¹⁰ Solche »Gespenster« suchen uns heim, sie erschrecken uns, sie binden unsere Aufmerksamkeit, gerade weil sie uns auf unheimliche Weise bekannt vorkommen. Durch ihren geisterhaften Charakter irritieren sie unsere Wahrnehmung: Kann es denn wirklich sein, dass wir sehen, was wir zu sehen glauben? Kann es denn wirklich sein, dass der Imperialismus, der Faschismus und die soziale Frage zurückgekehrt sind? Da sich die Geschichte bekanntlich nicht wiederholt, sondern nur reimt, entsteht eine Art kognitive Irritation, bei der man der eigenen Wahrnehmung kaum zu trauen wagt.

Entsprechend verstellt die Wiederkehr beantwortet und überwunden geglaubter Fragen in den westlichen Gesellschaften den Blick darauf, dass eigentlich nicht die Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts zu bearbeiten wären, sondern das Problem des 21. Jahrhunderts: der Klimawandel. Statt jedoch Antworten auf diese Frage zu finden, sind die Gesellschaften mit Gespenstern der Vergangenheit beschäftigt. Dass die titelgebende Fragestellung unzeitgemäß erscheint, ja in den Verdacht geraten kann, das Thema zu verfehlen, ist selbst schon Indikator eines Problems.

3. Was bedeutet »große Transformation«?

Es ist daher hilfreich, sich noch einmal klarzumachen, was das Ende der fossil getriebenen Wirtschaft und der Klimawandel bedeuten. Es geht hier tatsächlich um so etwas wie den Eintritt in ein anderes Menschheitszeitalter: vom fossilen Zeitalter in eine postkarbone Zukunft. Bekanntlich wird für diesen Prozess auch der Begriff der »großen Transformation« gebraucht. Diese Formel greift den Titel eines einflussreichen Buches des Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi auf.¹¹ Wie sinnvoll diese Übertragung im Einzelnen ist, lässt sich durchaus diskutieren. Kritiker wenden ein, der Begriff schüre Angst und provoziere Abwehrreaktionen. Aus Sicht der Befürworter bezeichnet er treffend eine Epochenschwelle.¹² Diese Sichtweise hat weitreichende Folgen: Sie beschreibt den Übergang ins postfossile Zeitalter als einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel – vergleichbar mit tektonischen Plattenverschiebungen, an deren Bruchkanten soziale Spannungen und Konflikte aufflammen. Protestbewegungen wie die »Gelbwesten« in Frankreich oder die Demonstrationen deutscher Landwirte gegen die Abschaffung des Steuerprivilegs für den Agrardiesel wären dann sichtbare Anzeichen dieses grundstürzenden Wandels.

Ein solches, beinahe naturalisierendes Denkbild, hat aber noch eine andere Implikation: Der Übergang ins postfossile Zeitalter wird in jedem Fall erfolgen – unabhängig davon, ob wir ihn gutheißen oder nicht. »Transformation« bedeutet nicht einfach, dass »wir« transformieren, dass wir *Subjekt* eines Prozesses sind. Es bedeutet auch, dass unsere Gesellschaften transformiert *werden*, dass wir uns anpassen *müssen*, dass wir *Objekt* einer Transformation sind. Wir können nur wählen, ob wir diesen Übergang möglichst geplant und sanft oder ungeplant, widerwillig und dann mit großen Schäden durchlaufen.¹³ Aber – und diese These entfaltet der Soziologe Philipp Staab äußerst plausibel¹⁴ – wir befinden uns bereits jetzt in

einem Prozess der *Anpassung*, der auch so etwas wie eine Neudeutung des Begriffs nötig macht: Angepasst zu leben bezeichnet dann nicht mehr bloßen Konformismus, sondern eine Art Ankommen in der postkarbonen Welt. Sich anzupassen wird unter diesen Bedingungen zu einer avantgardistischen Haltung.

.....

Angepasst zu leben bezeichnet dann nicht mehr bloßen Konformismus, sondern eine Art Ankommen in der postkarbonen Welt. Sich anzupassen wird unter diesen Bedingungen zu einer avantgardistischen Haltung.

.....

Die Frage, die sich für die Politikwissenschaft – aber auch für uns alle als Demokraten, als Bürgerinnen und Bürger – aufdrängt, lautet: Was geschieht in diesem Transformationsprozess mit unserer Demokratie?

4. Drei mögliche Antworten

Die *erste* mögliche Antwort lautet, dass der Klimawandel das Ende der Demokratie in ihrer bisher bekannten Form erzwingen wird. Das Argument besagt hier, dass in Demokratien immer nur kurzfristig, von Legislaturperiode zu Legislaturperiode gedacht und gehandelt wird. Weil immer alle mitreden wollten, seien demokratische Entscheidungsprozesse zu langsam und zu träge. Die Menschen in den westlichen Demokratien seien zu verwöhnt, um unangenehme Entscheidungen mitzutragen. Eine Demokratie, in der politische Eliten in einem Wettbewerb um die beste Verdrängungsleistung stehen, werde sich auf Kippunkte zubewegen, an denen irgendwann auf die Zustimmung der Bevölkerung verzichtet werden muss. Wahrscheinlich ist aus dieser Perspektive eine Öko-Diktatur, in der ab der Mitte des Jahrhunderts die Verteilung von Trinkwasser, die zwischenstaatlichen Grenzen und die letzten Emissionsrechte mit Gewalt gesichert werden müssen. Das »Zeitalter der Demokratie« würde sich dann als eine kurze Periode zwischen der Mitte des 18. und dem frühen 21. Jahrhundert erweisen, ermöglicht durch eine historisch einmalige Konstellation, in der sich demokratische Herrschaft auf Grundlage der Ausbeutung fossiler Ressourcen und einer Kostenverlagerung in die Zukunft legitimieren konnte.

Das Szenario für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts bestünde dann entweder in einer Art neuem Totalitarismus oder einem neuen Mittelalter, in dem bewaffnete Banden lokale Zonen von »Ordnung« in einem großen Chaos stiften. Beide Szenarien – autoritäres Management der Probleme unter Verletzung individueller Schutzrechte und demokratischer Partizipationsrechte *einerseits*, Anomie und Kontrolle von Landstrichen durch *warlords* und Gewaltunternehmer *andererseits* – sind natürlich Horrorszenarien.

Beide Varianten sind aber nicht völlig aus der Luft gegriffen. Eine mit digitaler Überwachungstechnik und algorithmischen Mitteln ausgerüstete Diktatur neuen Typs sehen wir in der Volksrepublik China. Das dortige *social scoring*-System lässt sich natürlich auch nutzen, um Menschen in die Bahnen klimafreundlichen oder resilienzsteigernden Verhaltens zu lenken. Dass die Anpassung an den Klimawandel in China unter Bedingungen einer noch nie dagewesenen digitalen Überwachung ablaufen wird, ist in Ansätzen längst zu beobachten. Was wie eine wohlmeinende, digitale Lenkung der Schäfchen erscheint – Foucault hätte hier wohl von »pastoraler Gouvernementalität« gesprochen –, basiert in Wirklichkeit auf der Abschreckungswirkung eines Lagersystems, eines Systems der Entwürdigung und Folter.

Auch das zweite Szenario einer Anomie, eines Ordnungsschwundes, ist nicht völlig unrealistisch. In Ländern, die wir heute bereits als *falling states* bezeichnen – also Staaten, die noch nicht völlig gescheitert (*failed*) sind, aber keine funktionierende staatliche Struktur im vollen Sinne des Wortes mehr bieten –, treibt der Klimawandel diese Entwicklung schon jetzt voran. Hohe Temperaturen erhitzen nicht nur die Gemüter und – so legen Studien nahe – führen zu mehr Straftaten,¹⁵ sie verschärfen auch konkrete Verteilungskonflikte um knapper werdende Ressourcen.¹⁶ In einem Arbeitspapier für die *Brookings Institution* – nicht gerade als Vereinigung hysterischer Alarmisten bekannt – haben Ahmadou Aly Mbaye und Landry Signe dies überzeugend für die afrikanische Sahel-Zone gezeigt.¹⁷

Es dürfte offensichtlich sein, warum diese erste Antwort nicht zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden darf. Aus der normativen Ablehnung dieser Szenarien jedoch auf ihre Unwahrscheinlichkeit zu schließen, wäre ein Fehlschluss. Beide Gefahren sind nicht von der Hand zu weisen.

Eine *zweite* mögliche Antwort argumentiert diametral zu ersten. Auf die Frage, wie der Klimawandel die Demokratie verändern werde, entgegnet sie:

Gar nicht, oder zumindest nicht auf relevante Weise! Diese zweite Sichtweise behauptet, dass die Rede von der »großen Transformation« eine einzige Übertreibung sei und dass schon heute jede Menge technische Lösungen vorlägen und weitere zu erwarten seien. Da die Demokratie ungemeine technische Kreativität entfessele, werde sie auch mit dem Klimawandel zu Rande kommen, ohne den »westlichen Lebensstil« oder die demokratischen Prinzipien anzutasten.¹⁸ Wir haben mit unseren demokratischen Institutionen, so wie sie bestehen, schon viele Probleme gelöst – warum sollten wir nicht auch mit dem Klimawandel zurechtkommen? Mit spektakulären technischen Innovationen wird grünes Wachstum möglich werden, so lautet die Hoffnung.¹⁹

Aber auch hier darf man Rückfragen stellen. Ist es denn realistisch anzunehmen, die große Transformation ließe sich rein technologisch bewältigen – ohne dass sich dieser Wandel auf unser Leben auswirken wird? Anhand vieler Beispiele – am deutlichsten wohl im Bereich des Flugverkehrs – ließe sich im Einzelnen zeigen, dass es kaum ausschließlich aufgrund technologischer Innovationen möglich sein wird, den jährlichen Ausstoß von CO₂ pro Person in Deutschland von durchschnittlich rund elf Tonnen auf nur noch eine Tonne CO₂ zu reduzieren. Effizienzgewinne bringen zudem oft das Problem der *rebound-Effekte* mit sich: Wenn »Wachstum« bedeutet, dass der Konsum wächst, werden Effizienzgewinne aufgefressen. Außerdem stoßen technische Innovationen irgendwann an physikalische Grenzen – wie man am Verbrenner-Motor gesehen hat. Der Verbrauch tonnenschwerer SUVs lässt sich nicht beliebig minimieren. Deshalb reicht die Diskussion über Effizienz allein nicht aus. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, auch über Suffizienz sprechen. Ist es also Zufall, dass wir im Kontext des Klimaschutzes immer weiterreichende Eingriffe in unser Privatleben verzeichnen müssen? Wohl kaum! Zumal selbst manche technische Innovation auf Widerstände stoßen dürfte, auch wenn sie den Lebenswandel nur geringfügig verändert.

Wir können folglich mit guten Gründen annehmen, dass der Klimawandel unsere Demokratie *durchaus* verändern wird. Eine *dritte* mögliche Antwort lautet entsprechend, dass ein Wandel, der alle anderen gesellschaftlichen Bereiche verändert, die Landwirtschaft, den Verkehr, die Wissenschaft, die Bauwirtschaft, auch die Praxis der Politik und damit unsere Demokratie wird verändern müssen. Aber wie? In welche Richtung? Mit welchen Folgen?

5. Vier Thesen

Natürlich sind alle Antworten auf diese Fragen spekulativ. Niemand kann wissen, was *genau* in den kommenden zwanzig bis fünfzig Jahren geschehen wird. Das entbindet die Wissenschaft (und eben auch die Politikwissenschaft) aber nicht von der Pflicht, wenigstens plausible Szenarien zu entwickeln, Reflexionsangebote zu unterbreiten und Begriffe und Unterscheidungen bereitzustellen, die für die gesellschaftliche Selbstverständigung hilfreich sind. Solche »Spekulationen« sind nicht beliebig, sie lassen sich mit bereits vorliegenden Hinweisen und Indizien besser oder schlechter begründen.

Der Begriff der »Spekulation« hat dann, so hoffe ich, keine polemische Bedeutung mehr, sondern bezeichnet eher so etwas wie ein Handwerk, nämlich das auch auf längere Distanzen erfolgende »Betrachten« und Beschreiben möglicher Zukünfte. Der *speculator* ist laut dem *Kleinen Stowasser* eben auch der Späher im militärischen Sinne, der Kundschafter, der vorausblickt. In diesem – hoffentlich positiven– Sinne wage ich folgende vier Thesen.²⁰

These 1: Demokratien werden republikanischer werden müssen. Unsere Demokratie wird in immer stärkerem Maße gezwungen sein, einstmals private Bereiche des Lebens politisch zu regulieren. Man beachte bitte den genauen Wortlaut dieser These: Ich behaupte nicht, dass dieser Trend wünschenswert ist. Ich sage schlicht: Es wird nicht anders gehen. Und eigentlich wissen wir das auch.

Ich wähle aus vielen möglichen Politikfeldern nur ein einziges, dafür aber besonders offensichtliches: das Wassermanagement. Am 1. Februar 2024 betitelte die spanische Zeitung *El País* ihre Ausgabe mit einer Schocknachricht: Barcelona verkündete einen Wassernotstand – Ende Januar! Dass man im September oder Oktober, nach einem langen trockenen Sommer, Wasser rationieren muss, wäre zu erwarten gewesen. Aber am Ende des Winters, also zu einem Zeitpunkt, an dem alle Wasserspeicher für den anstehenden Sommer gefüllt sein sollten? Der Bericht unterstrich die »noch nie dagewesene Lage« mit erschreckenden Bildern.²¹

Die Dürren in Spanien sind nur ein Beispiel unter vielen. Seit dem Sommer 2022 hat auch Frankreich eine dauerhafte Wasserkrise. In einigen *Départ-*

ments musste der Wasserverbrauch rationiert werden. Präsident Macron kündigte einen nationalen Wasserplan an. Eine analoge »Nationale Wasserstrategie« hat die Bundesregierung mit einem Kabinettsbeschluss vom 15. März 2023 auf den Weg gebracht.²² Die Frage in Frankreich lautete vielerorts schlicht: Wer bekommt das Wasser? Wohl eher nicht die privaten Swimmingpools. Also die Landwirtschaft? Oder die Feuerwehr? Das knapp werdende Gut des Wassers erweist sich als *res publica* im wortwörtlichen Sinne: als »gemeinsame Sache«, über deren Verwendung politisch zu entscheiden ist. Ob und wie lange man duscht, war zwar lange eine Privatangelegenheit, aber dies könnte sich ändern. In zwanzig Jahren werden womöglich auch wir in Deutschland vor ähnlichen Fragen stehen. Ob die Deutschen im Jahr 2040 noch mit Trinkwasser duschen werden, erscheint mit Blick auf die existenten Szenarien in Frankreich und Spanien nicht garantiert. Manche Experten gehen davon aus, dass wir Nutzwasser und Trinkwasser werden trennen müssen.

Wassermangel wirft also nicht nur weitreichende Fragen auf, sondern zieht ebensolche Folgen nach sich. Wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass der Anbau von Mais zu wasserintensiv ist, hat ein entsprechendes Verbot wiederum Konsequenzen für die Schweinezucht. Auch was wir essen ist dann irgendwann nicht mehr vollends privat.

Der Blick in die Kochtöpfe wird *verständlicherweise* als übergriffig erlebt, aber es ist eben kein Zufall, dass eine Debatte darüber entbrannt ist, was und wie wir in Zukunft essen wollen – und können. Auch die Lebensmittelindustrie ist ein Treiber des Klimawandels, Essgewohnheiten sind daher keine bloße Privatangelegenheit. Zudem werden wir die Nahrungsmittelversorgung unter Bedingungen des Klimawandels durch strategisch kluges Handeln *gemeinsam* sicherstellen müssen. Daher ist es kein Zufall, dass auch in diesem Bereich einstmals private Entscheidungen politisiert werden. Dass bereits die Thematisierung dieser Frage als übergriffig erlebt wird, als moralisierender Blick eines »Nanny-States« auf unsere Teller, ist einerseits verständlich, andererseits aber wenig hilfreich.

Das Thema Wasser hat aber auch noch eine andere Seite. Es gibt nicht nur zu wenig Wasser, sondern auch zu viel. Im Juni 2023 wurde Süddeutschland von Hochwassern heimgesucht, im September des gleichen Jahres weite Teile Polens, Österreichs und Ungarns. Im Herbst 2024 traf es dann die Region Valencia. Weit über zweihundert Menschen verloren ihr Leben.

Langfristig dramatisch ist auch die Lage an den Küsten. Schon jetzt müssen in Frankreich Zehntausende Menschen von küstennahen Orten umgesiedelt werden, weil der steigende Meeresspiegel den Baugrund erodieren lässt. Wo ich wohne – auch das ist irgendwann keine private Entscheidung mehr. Sie wird dann nicht mehr nur durch Bauvorschriften, Siedlungspläne und Naturschutzregularien eingeschränkt, sondern durch präventive Umsiedlungsbeschlüsse »korrigiert«.

Nun ließe sich einwenden, eine solche Verschiebung von Grenzen zwischen öffentlicher und privater Sphäre sei keineswegs neu. Was wurde nicht alles einstmals als »privat« betrachtet! Die Vergewaltigung in der Ehe und das Schlagen von Kindern wären mögliche Beispiele dafür, dass die Grenzen des Privaten immer nur ein ausgehandeltes Ergebnis sind und nie »natürlich« gegeben waren. Ist nicht die ganze Geschichte der Demokratie und der Demokratisierung eine Geschichte ständiger Grenzverschiebungen? Manche Dinge, die einst als politisch bedeutsam betrachtet wurden, sind heute zur Privatsache geworden, etwa das Thema Homosexualität. Umgekehrt sind andere Dinge, die einstmals als privat betrachtet wurden, heute Gegenstand politischer Debatten, ja sogar staatlicher Intervention, etwa die Verteilung von Haus- und Carearbeit. Raymond Geuss hat eine ganze Kulturgeschichte der Privatheit vorgelegt, in der er diese These an zahlreichen Beispielen belegt.²³

Der Klimawandel wird Demokratien tendenziell weniger liberal und stärker republikanisch machen.

Es ist also tatsächlich kein vollkommen neues Phänomen, wenn vermeintlich private Lebensbereiche politisiert werden. Doch zugleich unterschätzt der Einwand aus meiner Sicht den qualitativen Sprung, den die quantitative Zunahme von Politisierungsschüben bedeutet: Ernsthaft nachhaltige Politik kann sich nicht mehr als neutraler Schiedsrichter zwischen konkurrierenden Entwürfen des »guten Lebens« verstehen. Sie muss – gezwungenermaßen – eine normative Vorstellung davon vertreten, wie eine post-karbone Welt in etwa aussehen wird und welche Konsumgewohnheiten, Produktionsweisen und Selbstentfaltungspraktiken in ihr möglich sein werden. Kurzum: Der Klimawandel wird Demokratien tendenziell weniger liberal und stärker republikanisch machen.²⁴

Der Begriff der *res publica* mag dabei seine Bedeutung verschieben. Gemeint ist nun nicht die »gemeinsame Sache« im emphatischen, aber abstrakten Sinne, sondern auch ganz konkret die einzelnen gemeinsamen Lebensgrundlagen: Klima, Wasser, Böden, Nahrung. Ein »Republikanismus der Nachhaltigkeit« ist aus dieser Perspektive kein abstraktes, normatives Modell, sondern eine pragmatisch begründete Notwendigkeit.

Nicht der liberale Ruf nach privater Entfaltung oder individueller Ungebundenheit wird in den kommenden Jahren plausibel klingen, sondern der Verweis auf die Notwendigkeit kollektiv bindender Entscheidungen, die auch durch Verbote durchgesetzt werden müssen. Damit wird die Demokratie nicht enden, auch wenn dies libertär gesinnten Menschen, die jedes Verbot a priori als Angriff auf ihre Freiheit betrachten, so erscheinen mag. Aber sie wird sich doch erheblich wandeln. Sie wird stärker die Idee akzentuieren, dass Demokratie eben nicht nur in der Sicherung individueller Freiräume besteht, sondern auch in der kollektiven Bindung an selbstgesetzte Regeln und Ziele. Aus einem Liberalismus der Selbstentfaltung wird ein Republikanismus der Nachhaltigkeit.

These 2: Demokratische Politik muss lernen, strategischer zu agieren. Das Thema des Wassermanagement veranschaulicht, dass die »große Transformation« bereits jetzt ganz andere Planungs- und Zeithorizonte demokratischer Politik erzwingt. In den 1950er Jahren, ja selbst noch in den 1980er Jahren konnte die Politik den eigenen Erfolg mit dem Wirtschaftswachstum begründen: Uns geht es *jetzt* gut, weil wir *jetzt* volkswirtschaftlich wachsen. Nach dem Horror von zwei Weltkriegen war eine solche Gegenwartsorientierung nur allzu verständlich.

Unter den Vorzeichen der »großen Transformation« muss die Politik jedoch bis ins Jahr 2050 denken. Der *Green New Deal* auf EU-Ebene, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angeschoben hat, versucht genau dies: Einen Plan für eine fernliegende Zukunft zu entwickeln. Auch die *Bidenomics* in den USA können in diesem Sinne verstanden werden. Ursprünglich wollte US-Präsident Joe Biden hierfür 2,3 Billionen US-Dollar ausgeben; beschlossen wurden im August 2021 Investitionen in Höhe von rund 1,2 Billionen, immer noch eine geradezu astronomische Summe. Es handelte sich hier nicht nur um einen Versuch, die Inflation einzugrenzen (auch wenn der Begriff *Inflation Reduction Act* diesen Eindruck erweckt), sondern darum, einen langfristigen Plan für eine nachhaltige Zukunft ins Werk zu setzen.

Plan? Das klingt in unseren Ohren komisch. Der liberale Westen wollte doch gerade keine »Planwirtschaft« haben. Nun erkennen wir aber eine immer stärkere Notwendigkeit, politische Ziele zu definieren, die Planlosigkeit des reaktiven Modus, das »Fahren-auf-Sicht«, zu überwinden. Dazu gehört auch heute schon eine neue Art von Industriepolitik. Nicht nur das Ordnungsrecht, sondern auch gezielte Subventionen, etwa für die Chip-Industrie, sollen die Wirtschaft in eine bestimmte, postkarbone und zugleich resiliente Richtung leiten.

Wir müssen wir feststellen, dass – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer geopolitischen Konkurrenzsituation – langfristige, *strategische* Ausrichtungen, die über viele Jahrzehnte reichen, dringend nötig sind.

Auch hier beschreibe ich nur und versuche, die normative Bewertung auszuklammern. Das Befremden angesichts dieser Entwicklung scheint mir sogar sehr verständlich. Denn nach ordoliberalen Verständnis soll der Staat technologische Entscheidungen dem freien, ergebnisoffenen Spiel der Marktkräfte überlassen. Zwar versuchte man spätestens seit Mitte der 1980er Jahre, Technikfolgen abzuschätzen. Ulrich Beck beschrieb dies als ein Reflexiv-Werden der Moderne,²⁵ die nun versucht, ihre negativen Nebenfolgen mit ins Kalkül zu nehmen. Aber auch heute steht die Formel von der »Technologieoffenheit« für den liberalen Grundgedanken, dass Innovationen von Unternehmen ausgehen sollen und der Staat sich nicht zum Richter über die Zukunftsfähigkeit von Technologien aufspielen darf.

Indes müssen wir feststellen, dass – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer geopolitischen Konkurrenzsituation – langfristige, *strategische* Ausrichtungen, die über viele Jahrzehnte reichen, dringend nötig sind. Mehr noch: Die Strategielosigkeit der vergangenen zwanzig Jahre, die zum Verlust immer weiterer Branchen beigetragen hat, erscheint heute wie eine Planlosigkeit, die sich vor allem aus der allergischen Reaktion auf die Semantik des »Plans« speiste. Die Idee, der Staat solle lediglich als ein neutraler Schiedsrichter in einem emergenten Marktgeschehen auftreten, wirkt angesichts der geopolitischen Konkurrenzsituation aus der Zeit gefallen.

Das Gegenmodell ist die Volksrepublik China, in der Staat und Unternehmen koordiniert zusammenarbeiten, um neue Technologien mit aller Macht »auszurollen« und die Konkurrenz zu zerstören.

Daran schließt sich die Frage an, ob wir dazu eigentlich in der Lage sind. Kann unsere Politik das eigentlich? Oder brauchen wir dazu ganz anders aufgestellte Ministerien und Parlamente? In der Politikwissenschaft gibt es seit langem eine breite Diskussion über mögliche institutionelle Reformen, die als Zukunftsräte, Zukunftsministerien oder in anderer Form der im 21. Jahrhundert gebotenen Langfristigkeit gerecht werden sollen. Viele entsprechende Experimente finden seit langem statt. In Finnland wurde Anfang der 1990er Jahre ein *Committee for the Future* eingerichtet. In Wales ernannte die Regierung 2016 einen *Future Generations Commissioner for Wales*. Weitere Beispiele ließen sich in anderen Ländern finden. In Deutschland spielten lange die Enquête-Kommissionen diese Rolle einer langfristig und strategisch operierenden Denkfabrik, leider mit bescheidenem Erfolg. Ihnen gelang es kaum, in der Öffentlichkeit tatsächlich wahrgenommen zu werden.

Die Suche nach neuen Institutionen geht daher weiter. Momentan versuchen Gremien wie der *Rat für nachhaltige Entwicklung* oder der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* die Rolle eines *Ministry for the Future* zu spielen. Einstweilen wird sich die Notwendigkeit des langfristigen Denkens und strategischen Agierens zunächst in den Ministerien selbst etablieren müssen. Hier taucht nun plötzlich die Frage auf, welche Baumarten im Jahre 2060 vor zunehmender Bodenerosion schützen können, wenn einerseits die Temperaturen steigen und andererseits immer weniger Wasser zur Verfügung stehen wird. Nun muss mitbedacht werden, welche Konsequenzen die Infrastrukturmaßnahmen von heute im Jahr 2060 haben werden, wenn der Meeresspiegel gestiegen ist und zugleich die Pegelstände der Flüsse sinken oder durch Extremwetterereignisse sprunghaft ansteigen. Von einer »Verwaltungswissenschaft« alter Zeiten entfernt sich unser Politikverständnis damit in rasendem Tempo. Die Vorstellung, die Politik könne die Dinge verwalten, während Innovation und Zukunftsvisionen ausschließlich aus Unternehmen und der Zivilgesellschaft kommen, wirkt heute absurd. Der Aufbau nachhaltiger Lebenswelten wird nicht planlos und emergent erfolgen können, sondern bedarf kohärenter Strategien.

Nachhaltige Politik muss in Wechselwirkungen denken.

These 3: Nachhaltige Politik muss in Wechselwirkungen denken. Die genannten Beispiele deuten bereits an, was jene neuen Formen strategischen Agierens für die Aufteilung in Ministerien, Abteilungen und Referate bedeuten könnte. Die Verantwortungsträger in Institutionen und Verwaltungen werden, so meine *dritte These*, in viel stärkerem Maße in Wechselwirkungen denken müssen. Da auch in der Klimapolitik alles mit allem zusammenhängt, werden Ressortgrenzen immer unplausibler. Wie wir bauen, hängt mit der Frage des Energiemanagements zusammen, aber eben auch mit dem Thema Mobilität. Die Organisation unserer Mobilität hängt wiederum mit der Zukunft der Arbeit zusammen, und diese mit den Fragen der Familienpolitik. Dieses Thema hat wiederum Konsequenzen für unser Bildungssystem – oder sollte es zumindest haben.

Es ist daher kein Zufall, dass Robert Habeck ein »Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz« aufgebaut hat: Die klassische Aufteilung in einzelne Ressorts, das Denken in Schubladen und abgetrennten Zuständigkeiten, wird in Zeiten des Klimawandels zum drängenden Problem. Eine neue Kultur des Denkens in Wechselwirkungen und Querverbindungen ist keine bloße Zukunftsmusik. Schon jetzt beobachten wir an den Universitäten, dass immer mehr Studiengänge entstehen, die klassische Disziplinengrenzen überschreiten oder ganz hinter sich lassen. Nicht mehr nur interdisziplinär oder transdisziplinär soll dort gearbeitet werden, sondern am besten »antidisziplinär«.

Selbstverständlich führt auch diese Entwicklung ihre Schwierigkeiten mit sich wie einen Schatten, den man nicht abschütteln kann. Jede Lösung kreiert neue Probleme. Zwischen Ministerien oder Abteilungen diffundiert im schlimmsten Fall die Verantwortung. Studiengänge oder ganze Fächer verlieren im schlimmsten Fall an disziplinärer Schärfe, wenn sie vollständig intersektoriell ausgerichtet werden, also beispielsweise wirtschaftliche, naturwissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Kompetenzen zugleich vermitteln sollen.

Schon jetzt haben wir in der Bundesrepublik das Problem, dass Wählerinnen und Wähler den *outcome* einer Politik nur sehr schwer den tatsächlich verantwortlichen politischen Akteuren zuschreiben können. Föderalismus, Politikverflechtung und Koalitionsbildungen machen es fast unmöglich, genau zu sagen, welche Wirkung auf wessen Maßnahme zurückzuführen ist. In einer Welt intersektorieller Governance, in der gemischte Teams aus verschiedenen Ministerien gemeinsam Maßnahmen ersinnen und bunt gemischte Koalitionen sich mit komplexen Wechselwirkungen herumschlagen, könnte die Frustration über demokratische Politik folglich weiter zunehmen. Wenn dann in als intransparent erlebten Gremien Entscheidungen über vermeintlich private Angelegenheiten – die Wahl der Heizung, die Besteuerung von Agrardiesel oder die »richtige« Ernährung – gefällt werden, sucht sich der Groll seine Adresse, egal wie realistisch oder unrealistisch eine eindeutige Zuschreibung von Verantwortlichkeit sein mag.

Im Klimawandel *müssen* Staat und Gesellschaft kooperieren.

Der Wunsch, einen Schuldigen zu finden, ist psychologisch erklärbar, aber bisweilen eben auch naiv. Eine strukturelle Gefahr besteht darin, dass die Überbringer unangenehmer Nachrichten für etwas bestraft werden, dessen Ursache sie gar nicht sind. Gerade das Denken und Agieren in interdependenten, komplexen Strukturen kann also zur Quelle von Desorientierung und Stress werden. Wie gehen Gesellschaften erfolgreich mit diesem Stress um?

These 4: Im Klimawandel müssen Staat und Gesellschaft kooperieren. Erst wenn ein solches Verhältnis herrscht, können sie erfolgreich auf die »große Transformation« reagieren. Diese These klingt harmloser, ja vielleicht sogar trivialer als sie in Wirklichkeit ist. Es genügt jedoch, sich in Erinnerung zu rufen, in welchen Kontexten genau diese Frage auftaucht – nämlich in Extremsituationen, in denen der Staat die Dinge nicht mehr allein regeln kann. Während der ersten Coronawellen konnte sich die Regierung nur noch verzweifelt an die Bevölkerung wenden mit der Bitte, in Eigenregie die Kontakte zu minimieren und Ansteckungen zu vermeiden. Es wäre gar nicht möglich gewesen, alles bis ins Detail zu regeln oder gar zu kontrollieren. Staat und Gesellschaft müssen (beziehungsweise müssten) in sol-

chen Situationen an einem Strang ziehen; der Staat kann dann zwar eine Richtung vorgeben. Eine Regierung kann Ziele benennen und Ideen formulieren. Aber sie kann »die Gesellschaft«, also die einzelnen Bürgerinnen und Bürger sowie die von ihnen getragenen Organisationen nicht unter der Androhung von Sanktionen zwingen, entsprechend zu handeln.

Diese in der Tat triviale Einsicht wird bereits auf kommunaler Ebene schnell erkennbar. Eine Stadtverwaltung muss den guten Willen und den gesunden Menschenverstand der Bürgerinnen und Bürger als Regel voraussetzen; sie kann nicht gegen die Menschen agieren, sondern nur mit ihnen. Wenn die Regelverletzung rein quantitativ zur neuen Regel wird, können repressive Maßnahmen allein das Problem nicht eindämmen. Kein Stadtpark lässt sich in Ordnung halten, wenn die Menschen in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht eigenmotiviert gewisse Regeln einhalten. Keine Evakuierung während eines Extremwetterereignisses gelingt, wenn die Menschen nicht mitziehen.

Besonders dramatisch wurde diese Einsicht anschaulich während der Proteste der »Gelbwesten« in Frankreich. Neben höheren Treibstoffsteuern war es vor allem die Entscheidung, die Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen zu senken, die die Menschen in Rage brachte. Massenhaft wurden stationäre Blitzer zerstört, so dass das System der Geschwindigkeitskontrolle zeitweise kollabierte.²⁶ Die Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Sozialverträglichkeit brachen hier in aller Härte auf. Staatliches Handeln muss also auf eine grundlegende Zustimmung stoßen, um erfolgreich zu sein. Staat und Zivilgesellschaft müssen *letztlich* kooperieren, an einem Strang ziehen.

Diese Einsicht klingt naheliegender als es vielleicht scheint. Denn zumindest ein Teil des demokratietheoretischen Denkens hat den Staat und die Zivilgesellschaft stets als sich ausdifferenzierende Größen, ja womöglich als Antagonisten gedacht.²⁷ Aufgabe einer lebendigen Zivilgesellschaft wäre es aus dieser Perspektive gerade nicht, den Staat zu unterstützen, sondern ihn kritisch einzuhegen. Zu den Errungenschaften moderner Demokratien würden demnach vor allem die Praktiken der »Gegen-Demokratie« (Pierre Rosanvallon) gehören, also alle Möglichkeiten, zu widersprechen, bereits gefällte kollektive Entscheidungen infragezustellen und auf politischem Wege neu zu verhandeln.²⁸

Eine Situation, in der ein an der Belastungsgrenze agierender Staat die eigenen Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft, zur Mithilfe aufruft und dabei Gehör findet, ist folglich keineswegs selbstverständlich. Im Gegenteil: Derzeit erleben wir, dass staatliches Handeln sowohl von Transformationseiferern als auch von Transformationsverweigerern angefeindet wird: Die einen finden, der Staat sei schuldig, weil er nicht genügend für den Klimaschutz tue. Die anderen finden, er sei schuldig, weil er zu viel – und Unzumutbares! – gegen den Klimawandel versuche. Das Ergebnis ist eine Polarisierung zwischen zwei unversöhnlich erscheinenden Gruppen.²⁹

Genau diesen Kooperationsmodus zwischen Staat und Zivilgesellschaft bräuchte es jedoch dringend in der Klimapolitik. Natürlich bedarf es auch hier des Ordnungsrechts, der makroökonomischen Leitplanken, in manchen Fällen auch der Verbote. Es braucht aber eben auch eine Gesellschaft, die bereit ist mitzuziehen, die nicht jede Anpassungsmaßnahme als unzumutbar zurückweist und glaubt, das Klimaproblem solle doch bitte von »denen da oben« gelöst werden.

In den besten Momenten der Corona-Krise organisierte die Gesellschaft selbst jene Maßnahmen, die der Staat nicht leisten konnte: Nachbarn halfen sich gegenseitig, Masken wurden zunächst selbst genäht. Eine nicht-disruptive Transformation in eine postkarbone Demokratie wird nur erfolgreich sein können, wenn es gelingt, dieses Zusammenspiel zu reaktivieren. Der Staat setzt dann Rahmenbedingungen, ermöglicht Transformationsanstrengungen durch Förderungen und Zuschüsse – aber die Gesellschaft selbst geht zugleich in Eigeninitiative all jene Maßnahmen an, die Emissionen vermeiden und die Anpassung vorantreiben. Um sich den klimatischen Veränderungen anzupassen und ihnen gegenüber widerstandsfähiger zu werden, kann der Staat Regie führen und versuchen, die Übersicht zu behalten. Kernaufgaben wie innere Sicherheit und die Bereitstellung von Infrastruktur werden in seiner Verantwortung bleiben. Aber die Menschen in den Kommunen selbst werden sich beim Technischen Hilfswerk oder den Freiwilligen Feuerwehren einbringen müssen, wenn sie auf Extremwetterereignisse vorbereitet sein wollen. Staat und Zivilgesellschaft schieben sich dann nicht mehr gegenseitig die Verantwortung zu, sondern ergänzen sich, im besten Fall.

Dieses Szenario klingt in der heutigen, aufgeheizten Situation wie eine leere Utopie. Vertrauen in staatliches Handeln aufzubauen ist schwierig,

und zwar nicht nur weil die Aufgaben so komplex sind, sondern auch, weil dieses Vertrauen von äußeren Akteuren und ihren inneren Sympathisanten systematisch untergraben wird. Diesen sich vertiefenden Graben zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und »ihrem« Staat andererseits zu überbrücken – darin sehe ich eine der zentralen Herausforderung unserer Zeit.

Anmerkungen

- 1 Im *European State of the Climate Report 2023* versammelt das Kapitel über »Temperature and thermal stress« eine besonders eindrückliche Sammlung von Daten, vgl. *European State of the Climate Report 2023*. URL: <https://climate.copernicus.eu/esotc/2023> [22.11.2024].
- 2 So lautete das Argument von Christopher Clark in seinem Buch über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs: Niemand habe den Ersten Weltkrieg in dieser Form absichtlich herbeigeführt, aber aus der Interaktion konkurrierender Handlungsstränge sei ein emergentes Ergebnis entstanden. Der Ausbruch von Kriegen sei daher stets *aktiv* zu verhindern; die bloße Tatsache, dass sie nicht aktiv gewollt würden, reiche zur Prävention nicht aus. Vgl. Christopher Clark: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog.*, München 2013.
- 3 Vgl. *Freedom in the World-Report (2024)*, URL: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2024-02/FIW_2024_DigitalBooklet.pdf [25.11.2024].
- 4 Biologische und medizinische Metaphern oder Analogien für soziale Prozesse sind aus guten Gründen mit Vorsicht einzusetzen. Die syndromhafte Struktur der Krise der repräsentativen Demokratie als solche zu benennen, hat aber den Vorteil, dass sich jede Suche nach der einen Lösung verbietet. Die These, dieses oder jenes sei »nicht die Lösung«, ist immer richtig, aber nie hilfreich. Wo Syndromen zu begegnen ist, wird nicht nach »Lösungen« gesucht, sondern nach Maßnahmen, die helfen. Vgl. dazu Felix Heidenreich: *Demokratie als Zumutung. Für eine andere Bürgerlichkeit*, Stuttgart 2022, S. 43–44.
- 5 Adam Tooze: *Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand. Willy Brandt Lecture*, Berlin 2022. Zum Begriff der »Polykrise« vgl. auch: Andreas Häckermann / Frank Ettrich: *Soziologie in Zeiten der Polykrise*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 33 (2023), S. 351–355, URL: <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00509-w> [25.11.2024].
- 6 DBB Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2023. *Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung*, 28.7.2023, URL: <https://www.dbb.de/artikel/vertrauen-in-staatliche-handlungsaehigkeit-auf-tiefpunkt-gewaltbereitschaft-steigt.html> [25.11.2024].
- 7 Zum Konzept der »Russischen Welt« vgl. z. B. Marlene Laruelle: *The »Russian World«. Russia's Soft Power and Gepolitical Imagination*, Washington 2015.
- 8 Zum politischen Charakter der russischen Uniformen vgl. Frank Nienhuysen: *Posse um Kleidung russischer Soldaten. Frostbeulen durch Designer-Uniform*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.11.2012, URL: <https://www.sueddeutsche.de/stil/posse-um-kleidung-russischer-soldaten-frostbeulen-durch-designer-uniform-1.1530038> [25.11.2024].
- 9 Eine Auswirkung dieser Entwicklung ist auch die enorme Zunahme von Ladendiebstahl im Vereinigten Königreich. Laut *Child Poverty Action Group* sind rund 800.000 Kinder in Großbritannien von Hunger betroffen (URL: <https://cpag.org.uk/news/800000-children-poverty-not-getting-free-school-meals> [25.11.2024]). Zur

- »food poverty« vgl. z. B. Patrick Butler: Number of UK children in food poverty nearly doubles in a year to 4m, in: The Guardian, 1.3.2023, URL: <https://www.theguardian.com/society/2023/mar/01/number-of-uk-children-in-food-poverty-nearly-doubles-in-a-year-to-4m> [25.11.2024].
- 10 Jaques Derrida: Spectres de Marx. L'Etat de la dette, le travail du deuil et la nouvelle Internationale, Paris 1992.
 - 11 Polanyi beschreibt den Übergang in eine »market society«, die aus seiner Sicht vor allem von Industrialisierung einerseits und der Herausbildung moderner Nationalstaaten andererseits gekennzeichnet war. Vgl. Karl Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, übersetzt von Heinrich Jelinek, Frankfurt am Main ⁸1973.
 - 12 Vgl. hierzu: Maja Göpel / Moritz Remig: Mastermind of System Change. Karl Polanyi and the »Great Transformation«, in: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 23/1 (2014), S. 70–72.
 - 13 In meinem Buch *Nachhaltigkeit und Demokratie* verwende ich hierfür die Denkbilder von »weicher« und »harter« Landung. Vgl. Felix Heidenreich: Nachhaltigkeit und Demokratie – eine politische Theorie, Berlin 2023, S. 22ff.
 - 14 Philipp Staab: Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft, Berlin 2022.
 - 15 Andreas Miles-Novelo / Craig A. Anderson: Climate Change and Psychology. Effects of Rapid Global Warming on Violence and Aggression, in: Current Climate Change Reports 5 (2019), S. 36–46, URL: <https://doi.org/10.1007/s40641-019-00121-2> [25.11.2024].
 - 16 Harald Welzer: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt am Main 2010.
 - 17 Ahmadou Aly Mbaye / Landry Signe?: »Climate change, development, and conflict-fragility nexus in the Sahel«, in: Brookings Global Working Paper #169 (März 2022), URL: https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2022/03/Climate-development-Sahel_Final.pdf [25.11.2024].
 - 18 Zum Zusammenhang von Lebensstil und Demokratie vgl. Felix Heidenreich: Ökonomismus – eine Selbstgefährdung der Demokratie? Über Legitimation durch Wohlstand, in: André Brodocz / Marcus Llanque / Gary S. Schaal (Hg.): Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden 2008, S. 370–384.
 - 19 Paradigmatisch hierfür z. B. Ralf Fücks: Intelligent wachsen. Die grüne Revolution, München 2013.
 - 20 Diese sind an anderer Stelle sehr viel ausführlicher begründet und können hier nur skizziert werden. Vgl. z. B. Heidenreich, Nachhaltigkeit und Demokratie.
 - 21 Carlos Garfella Palmer / Luis Velasco: Cataluña entra en emergencia ante la peor sequía jamás registrada, in: El País, 1. Februar 2024, URL: <https://elpais.com/espana/catalunya/2024-02-01/cataluna-entra-en-emergencia-ante-la-peor-sequia-jamas-registrada.html> [25.11.2024].
 - 22 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz: Nationale Wasserstrategie. Kabinettsbeschluss vom 15. März 2023, URL: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/BMUV_Wasserstrategie_bf.pdf [25.11.2024].

- 23 Raymond Geuss: *Privatheit. Eine Genealogie*, Berlin 2013.
- 24 So auch meine These in Felix Heidenreich: *How Will Sustainability Transform Democracy? Reflections on an Important Dimension of Transformation Sciences*, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society*, Bd. 27/4 (2018), S. 357–362.
- 25 Ulrich Beck: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986.
- 26 Im Januar 2019 lautete die Schätzung, dass rund 60 Prozent der stationären Blitzer zerstört waren. Vgl. Radikale Autofahrer unter Verdacht. Mehr als jeder zweite Blitzer in Frankreich ist demoliert, in: *DER SPIEGEL*, 10.1.2019, URL: <https://www.spiegel.de/auto/aktuell/gelbwesten-im-verdacht-fast-60-prozent-der-radarfallen-in-frankreich-demoliert-a-1247449.html> [25.11.2024].
- 27 Vgl. z. B. den klassischen Sammelband von Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hg.): *Staat und Gesellschaft*, Darmstadt 1976.
- 28 Skepsis und Misstrauen gegenüber den staatlichen Eliten sind daher immer zugleich auch notwendiges Element einer demokratischen Gesinnung. Ganz offenbar ist entscheidend, dass dabei das Maß und die Angemessenheit beachtet werden.
- 29 Steffen Mau und seine Kollegen beschreiben diese neue *cleavage* als Konfliktarena zwischen Menschen mit Heute-Orientierung und Menschen mit Morgen-Orientierung, vgl. Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westheuser: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin 2023.

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, betreibt zeithistorische Forschung und politische Bildung. Insbesondere erinnert sie an das Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (1884–1963), der sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts als Journalist und Hochschuldozent, als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Publizist und als Staatsoberhaupt für die freiheitliche Demokratie eingesetzt hat. Zudem erinnert die Stiftung an das politische und soziale Engagement von Elly Heuss-Knapp (1881–1952), deren Arbeit als Pädagogin und Publizistin von sozialen, liberalen, frauenpolitischen und religiösen Motiven bestimmt wurde.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus betreibt die Stiftung eine Erinnerungsstätte, die unter dem Titel »Demokratie als Lebensform« in rekonstruierten Wohnräumen und einer ständigen Ausstellung dazu einlädt, den Lebensweg des politischen Paares Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp in fünf Epochen deutscher Zeitgeschichte zu verfolgen. Forscherinnen und Forschern stehen die umfangreichen Nachlässe der beiden, eine wissenschaftliche Fachbibliothek sowie eine Mediendokumentation zur Verfügung. Aus den rund 60.000 Briefen, die von Theodor Heuss überliefert sind, hat die Stiftung die »Stuttgarter Ausgabe«, eine wissenschaftliche Auswahledition in acht Bänden, erarbeitet.

In ihrer Forschungsarbeit fragt die Stiftung nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Dabei knüpft sie an aktuelle Problemlagen an und bietet dazu ein breites Spektrum an Veranstaltungen in Form von Vorträgen, Kolloquien, Workshops, Podien und Lesungen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürgern herzlich eingeladen.

www.stiftung-heuss-haus.de

Neuerscheinung

Ernst Wolfgang Becker / Frank Bösch (Hg.)

Partizipation per Post

Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie

380 Seiten mit 7 s/w-Abbildungen
Zeithistorische Impulse, Band 16
ISBN 978-3-515-13660-0 (gebunden)
ISBN 978-3-515-13664-8 (E-Book)
Stuttgart 2024



Bürgerbriefe an Politikerinnen und Politiker sind im 20. Jahrhundert eine weitverbreitete Partizipationsform. Bürgerinnen und Bürger wandten sich mit Huldigungen, Bitten, Stellungnahmen oder Kritik an ihr politisches Personal. Zwischen Privatheit und Öffentlichkeit umgingen Bürgerbriefe staatliche Hierarchieebenen und beanspruchten, mit »Volkes Stimme« zu sprechen. Sie dienten der politischen Einflussnahme jenseits von Wahlen, Parteien oder Demonstrationen. Die Politik nahm diese Schreiben als Stimmungsbarometer erstaunlich ernst und wendete viel Zeit und Mühen für die Antworten auf.

Die Autorinnen und Autoren des Bandes untersuchen den Wandel dieser politischen Kommunikationsform vom Kaiserreich bis zur Deutschen Einheit 1990. Sie fragen nach den Motiven, Strukturen und Inhalten der Schreiben sowie nach der Sozialstruktur der Schreibenden. Welchen Stellenwert haben Emotionen und Autoritätsbekundungen? Welches Verständnis von Staat und Demokratie, welche Erwartungen an die Politik drückt die Korrespondenz aus?

Die Bürgerbriefe in Diktatur und Demokratie erweisen sich als ambivalent: ein Medium der politischen Partizipation, das aber nicht unbedingt die Demokratie fördert.

Zeithistorische Impulse. Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

- 1 Thomas Hertfelder / Jürgen C. Hess (Hg.)
**Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler
berichten von der Entstehung des Grundgesetzes**
Stuttgart 1999
- 2 Eberhard Jäckel / Horst Möller / Hermann Rudolph (Hg.)
**Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System
der Bundesrepublik**
Stuttgart 1999
- 3 Gangolf Hübinger / Thomas Hertfelder (Hg.)
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik
Stuttgart 2000
- 4 Ulrich Baumgärtner
**Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus**
Stuttgart 2001
- 5 Ernst Wolfgang Becker / Thomas Rösslein (Hg.)
**Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungs-
ausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947
zur Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« vom 23. März 1933**
Stuttgart 2003
- 6 Hans Vorländer (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung
Stuttgart 2003
- 7 Wolfgang Hardtwig / Erhard Schütz (Hg.)
**Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland
im 20. Jahrhundert**
Stuttgart 2005
- 8 Frieder Günther
**Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik
durch den ersten Bundespräsidenten**
Stuttgart 2006

- 9 Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.)
**Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik.
Politik, Literatur, Wissenschaft**
Stuttgart 2008
- 10 Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.)
**Liberalismus und Emanzipation.
In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik**
Stuttgart 2010
- 11 Werner Plumpe / Joachim Scholtyseck (Hg.)
**Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft.
Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik**
Stuttgart 2012
- 12 Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)
Liberalismus im 20. Jahrhundert
Stuttgart 2015
- 13 Frank Bösch / Thomas Hertfelder / Gabriele Metzler (Hg.)
**Grenzen des Neoliberalismus.
Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert**
Stuttgart 2018
- 14 Wolfgang Hardtwig
**Freiheitliches Bürgertum in Deutschland.
Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und
Widerstand**
Stuttgart 2018
- 15 Ernst Wolfgang Becker / Elke Seefried / Johannes Hürter / Frank Bajohr (Hg.)
**Liberalismus und Nationalsozialismus.
Eine Beziehungsgeschichte**
Stuttgart 2020
- 16 Ernst Wolfgang Becker / Frank Bösch (Hg.),
**Partizipation per Post
Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie**
Stuttgart 2024

Edition »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe«

Unter dem Titel »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe« gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

Die bereits abgeschlossene Reihe der Briefe umfasst folgende Bände:

Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich. Briefe 1892–1917

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
München 2009

Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933

Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormmann
München 2008

Theodor Heuss: In der Defensive. Briefe 1933–1945

Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried
München 2009

Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker
München 2007

Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston 2012

Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston 2013

Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959

Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner
Berlin/New York 2010

Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959–1963

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther

Berlin/Boston 2014

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Kleine Reihe

- 1 Timothy Garton Ash
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997
Stuttgart 1998

- 2 Thomas Hertfelder
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen Gedenkstättenlandschaft
Stuttgart 1998

- 3 Richard von Weizsäcker
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998
Stuttgart 1999

- 4 **Parlamentarische Poesie**
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar
Stuttgart 1999

- 5 Joachim Scholtyseck
Robert Bosch und der 20. Juli 1944
Stuttgart 1999

- 6 Hermann Rudolph
»Ein neues Stück deutscher Geschichte«
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999
Stuttgart 2000

- 7 Ulrich Sieg
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt im Ersten Weltkrieg
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker
Ermächtigung zum politischen Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit
Stuttgart 2001
- 9 Jutta Limbach
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000
Stuttgart 2001
- 10 Hildegard Hamm-Brücher
»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven für Gegenwart und Zukunft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001
Stuttgart 2002
- 11 Richard Schröder
»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002
Stuttgart 2003
- 12 Andreas Rödder
Wertewandel und Postmoderne
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990
Stuttgart 2004
- 13 Jürgen Osterhammel
Liberalismus als kulturelle Revolution
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003
Stuttgart 2004
- 14 Frieder Günther
Misslungene Aussöhnung?
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958
Stuttgart 2004

- 15 Thomas Hertfelder
In Presidents we trust
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA
Stuttgart 2005

- 16 Dieter Langewiesche
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss
Stuttgart 2005

- 17 Peter Graf Kielmansegg
Die Instanz des letzten Wortes
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004
Stuttgart 2005

- 18 Gesine Schwan
Vertrauen und Politik
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005
Stuttgart 2006

- 19 Ralf Dahrendorf
Anfechtungen liberaler Demokratien
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart 2007

- 20 Angela Hermann
»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher
Stuttgart 2008

- 21 Salomon Korn
Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007
Stuttgart 2008

- 22 Giovanni di Lorenzo
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008
Stuttgart 2009
- 23 Matthias Weipert
»Verantwortung für das Allgemeine«?
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-
Haus zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof
Der freie oder der gelenkte Bürger
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch
die Organisationsgewalt des Staats
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis
Freiheit und Unfreiheit durch Recht
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht
... allein mir fehlt der Glaube
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart
Stuttgart 2013

- 29 Thomas Hertfelder
Von Naumann zu Heuss
Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland
Stuttgart 2013
- 30 Joachim Gauck
Mehr Bürgergesellschaft wagen
Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit des Erinnerns
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch
Mythen – Fakten – Ansatzpunkte
Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014
Stuttgart 2015
- 32 Ulrich Herbert
In der neuen Weltordnung
Zur deutschen Geschichte seit 1990
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015
Stuttgart 2016
- 33 Kristian Buchna
Im Schatten des Antiklerikalismus
Theodor Heuss, der Liberalismus und die Kirchen
Stuttgart 2016
- 34 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Bedrohte Freiheit
Der liberale Rechtsstaat in Zeiten von Terrorismus und Rechtspopulismus
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2016
Stuttgart 2017
- 35 Frank Bösch
Politik als Beruf
Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945
Stuttgart 2018

- 36 Herfried Münkler
Die neuen Kriege
Zur Wiederkehr eines historischen Musters
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2017
Stuttgart 2018
- 37 Ernst Wolfgang Becker
Wie viel Konsens braucht die Demokratie?
Theodor Heuss und die Zukunft des Grundgesetzes
Stuttgart 2019
- 38 Thomas Hertfelder
Erfolgsgeschichte Bundesrepublik
Aufstieg und Krise einer Meistererzählung
Stuttgart 2020
- 39 Irina Scherbakowa
Russland und Deutschland
Aspekte einer wechselvollen Beziehung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2019
Stuttgart 2020
- 40 Armin Nassehi
Offenheit
Freiheit als Form der Gesellschaft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2021
Stuttgart 2022
- 41 Gabriele Britz
Zur Sprache der Verfassung
Stuttgart 2022
- 42 Thorsten Holzhauser
Liberalismus und Zensur
Theodor Heuss und der Kampf um die »Schund- und Schmutzliteratur«
in der Weimarer Republik
Stuttgart 2024

- 43 Angelika Nußberger
**Universelle Geltung der Menschenrechte –
eine Ideologie des Westens?**
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2023
Stuttgart 2024
- 44 Thomas Hertfelder
**Mehr als Babylon Berlin.
Was lehrt uns die Republik von Weimar heute?**
Stuttgart 2025
- 45 Felix Heidenreich
**Wie verändert der Klimawandel die Demokratie?
Drei mögliche Antworten und vier Thesen**
Stuttgart 2025

Impressum

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar über <http://dnb.ddb.de>

Herausgegeben von der

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Breitscheidstraße 48

70176 Stuttgart

www.stiftung-heuss-haus.de

Redaktion: Dr. Jan Ruhkopf

Satz: Ulrike Holzwarth, Büro für Gestaltung

Gestaltung: as kommunikationsdesign, Stuttgart

Druck und Bindung: Druckerei Lokay e. K., Reinheim

Umschlagfoto: Clemens Wronski / Mehr Demokratie e. V.

Foto hintere Umschlagklappe: Privat

ISBN 978-3-942302-23-4 | ISSN 1435-1242

© SBTH, Januar 2025

Die Stiftung wird vom Bund finanziert mit Mitteln aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Zum Autor

Felix Heidenreich ist Philosoph und Politikwissenschaftler. Er lehrt als außerplanmäßiger Professor an der Universität Stuttgart und arbeitet als wissenschaftlicher Koordinator des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung (IZTK). Zu den Schwerpunkten seinen Forschungsthemen gehören das Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit, politische Emotionen und aktuelle demokratietheoretische Fragen.

Zu seinen neueren Publikationen zählen »Nachhaltigkeit und Demokratie. Eine politische Theorie« (2023), »Die Zukunft der Demokratie. Wie Hoffnung politisch wird« (2023) und »Demokratie als Zumutung. Für eine andere Bürgerlichkeit« (2022).

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Breitscheidstraße 48
70176 Stuttgart
www.stiftung-heuss-haus.de

ISSN 1435-1242
ISBN 978-3-942302-23-4